

1 **FDP-Landesparteitag am 16. Februar 2008 in Flensburg-Harrislee**

2
3
4 **Antrag Nr. 1**
5

6
7
8 **Antragsteller: Landesvorstand**
9

10
11 **Der Landesparteitag möge das nachfolgende Kommunalwahlprogramm 2008 - 2013**
12 **beschließen:**
13

14
15
16
17 **E N T W U R F**
18

19
20
21 **Leitlinien der schleswig-holsteinischen FDP**
22

23 **zur**
24

25 **Kommunalwahl 2008**
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

41 **Präambel**

42

43 Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

44

45 bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2008 haben Sie die Möglichkeit, die Politik in Ihrer
46 Kommune und in Ihrem Kreis zu verbessern. Die Liberalen Schleswig-Holsteins bieten sich
47 Ihnen dafür als Partner an.

48

49 FDP-Kommunalpolitik orientiert sich am Leitbild einer „liberalen Bürgergesellschaft“: Die
50 Menschen gestalten in eigener Verantwortung die Rahmenbedingungen ihres Lebens für
51 sich und andere, kulturell, wirtschaftlich und sozial.

52

53 Liberale setzen auf das Engagement, die Kreativität sowie die Leistungsfähigkeit und
54 -bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger.

55 Sie sehen sich als Verbündete aller, die sich in Vereinen und Verbänden ehrenamtlich für
56 das Gedeihen ihrer Kommune einsetzen.

57

58 Die FDP will das Kommunalwahlgesetz ändern, um die Mitwirkungsmöglichkeiten der
59 Bürgerinnen und Bürger und ihren Einfluss auf die Zusammensetzung der
60 "Kommunalparlamente" zu erhöhen.

61

62 Für Liberale gilt das Prinzip der Subsidiarität: auf höherer Ebene (Europa, Bund, Land) darf
63 nur geregelt werden, was „vor Ort“ nicht geregelt werden kann.

64

65 Ein differenziertes Bildungsangebot ist ein wesentlicher Standortfaktor für die Kommune und
66 unabdingbare Voraussetzung für die Zukunft unserer Kinder. Jenseits aller Diskussion um
67 die Sinnhaftigkeit der Regelungen durch das neue Schulgesetz werden die Liberalen ein
68 wachsames Auge auf den bildungswirksamen Einsatz öffentlicher Gelder haben. Leitendes
69 Prinzip für alle Schulen in kommunaler Trägerschaft ist für Liberale die Sicherung gleicher
70 Bildungschancen am Start und hohe Qualität von Ausstattung und Unterricht.

71

72 Trotz aktuell steigender Steuereinnahmen ist die finanzielle Grundlage der schleswig-
73 holsteinischen Kommunen weiterhin äußerst prekär. Liberale verfolgen deshalb in den
74 Städten und Gemeinden eine wirtschaftsfreundliche Politik. Sie schafft und sichert Arbeits-
75 sowie Ausbildungsplätze und ermöglicht einen Schuldenabbau. Liberale haben keine Scheu,
76 privates „Know how“ und Kapital für Investitionen und staatliche Daseinsfürsorge zu nutzen,
77 wenn es sinnvoll erscheint.

78

79 Ein Hauptaugenmerk werden Liberale auf die zentrale politische Herausforderung für unsere
80 Kommunen in der Zukunft richten: den demografischen Wandel. Auch wenn dieser sich
81 regional mit unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Intensität vollzieht, so ist
82 allgemein erkennbar: viele Kommunen werden langfristig schrumpfen, in allen wird das
83 Durchschnittsalter der Bevölkerung steigen, diese wiederum wird in ihrer Zusammensetzung
84 vielfältiger werden; kurz: die Kommunen werden „kleiner, älter und bunter“.

85

86 Liberale wollen mit gezielten Strategien die Infrastrukturen zukunftsfähig machen, ein
87 harmonisches Zusammenleben der verschiedenen Generationen sichern, älteren Menschen
88 ein selbstbestimmtes Leben solange wie möglich führen lassen, die Integration von
89 Zuwanderern verbessern.

90

91 Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

92

93 beenden Sie absolute Mehrheiten, stärken Sie die Liberalen in Ihren Heimatparlamenten.

94

95 **Ihre schleswig-holsteinische FDP**

96

97

98	Inhalt
99	
100	I. Lebensvielfalt in unseren Kommunen
101	
102	1. Lebendiges Kulturleben
103	2. Sport
104	3. Zukunft durch Bildung
105	- Erziehung zum mündigen Bürger – gleiche Bildungschancen
106	- attraktive Schulen
107	- Vorrang für Qualität in der Erziehung
108	- lebenslanges Lernen
109	
110	II. Lebensqualität in unseren Kommunen –
111	den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten
112	
113	1. Sozialpolitik – Hilfe zur Selbsthilfe
114	2. Ältere Menschen – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
115	3. Kinder und Jugendliche – familienfreundliche Politik
116	4. Gleichstellung
117	5. Menschen mit Behinderungen
118	6. Integration
119	7. Gesundheit
120	8. Sichere Städte und Gemeinden.
121	
122	III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze
123	
124	1. Vorfahrt für Arbeits- und Ausbildungsplätze – moderne Infrastruktur
125	2. Tourismus
126	3. ländlicher Raum und Landwirtschaft
127	4. Verkehr
128	
129	IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort – Erhaltung der natürlichen
130	Lebensgrundlagen
131	
132	1. Naturschutz – Eigeninitiative statt Bürokratie
133	2. naturnahe Waldwirtschaft
134	3. Abfallwirtschaft
135	4. Klima- und Ressourcenschutz
136	
137	V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune
138	
139	1. Moderne Verwaltung, Kreisreform, mehr Demokratie
140	2. Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger
141	
142	VI. Unsere Kommunen eingebunden in Europa
143	
144	1. Kommunale Selbstbestimmung stärken.
145	2. Hanse-Office – Sprachrohr der Kommunen in Brüssel
146	3. Europäische Hilfe bei Meeresschutz und Konversion
147	
148	
149	
150	
151	
152	

153 **I. Lebensvielfalt in unseren Kommunen**

154

155 **1. Lebendiges Kulturleben**

156

157 Das kulturpolitische Engagement der FDP ist sehr umfassend. Sie beschränkt sich dabei
158 nicht nur auf das engere Verständnis von Kultur im Bereich der Kunst (bildende Kunst,
159 darstellende Kunst, Musik und Literatur), sondern befasst sich auch mit Alltagskultur im
160 weiteren Sinne, wobei es um Gebräuche, Gewohnheiten, Traditionen und Gegenstände des
161 Alltags geht (Ernährung, Sport, Mode, Design, Kino, Tanz, Fernsehen, Werbung, Pop).

162

163 Die FDP legt einen Schwerpunkt auf kulturelle Identität und setzt sich für Kulturprogramme
164 ein, die das eigene kulturelle Erbe unserer Bürger vermitteln und so zur
165 Persönlichkeitsentwicklung beitragen und dem Einzelnen helfen, sein Leben besser zu
166 meistern.

167

168 Daneben unterstützt die FDP auch Kulturprogramme, die darüber hinaus einen Einblick in
169 die Kultur anderer Völker geben, um auf diese Weise das Verständnis für kulturelle Vielfalt
170 und Differenz zu erleichtern und das Zusammenleben der Menschen zu fördern.

171

172 Eine weitere Zielrichtung ist die Anerkennung der Kultur als Faktor der Struktur- und
173 Regionalentwicklung. Die FDP will in den Kommunen den Kultur- und Kreativitätssektor
174 fördern. Projekte und Unternehmen aus der Kulturbranche schaffen Arbeitsplätze in
175 beträchtlichem Umfang und können das Großprojekt des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals
176 sinnvoll erweitern.

177

178 **2. Sport**

179

180 Vereins- und Freizeitsport erweitern den Erfahrungshorizont des Einzelnen, indem er seine
181 physische und psychische Belastbarkeit testet und ausbaut, seiner Gesundheit dient und
182 seinen Gemeinsinn fördert. Er hilft ihm auf direktem Weg, Verantwortung für sich selbst zu
183 übernehmen und für andere zu erfahren. Er schafft auf emotionalem Wege kulturelle und
184 nationale Identität und bietet ebenso Erfahrungen über kulturelle Grenzen hinweg.

185

186 Die FDP setzt sich daher für die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-,
187 Sport-, Spiel- und Erholungseinrichtungen ein. Bei der Planung der Vielfältigkeit ist eine
188 Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden sehr sinnvoll, um eine hohe Auslastung zu
189 erreichen.

190

191 **3. Zukunft durch Bildung**

192 **Erziehung zum mündigen Bürger – Bildungsgerechtigkeit für alle**

193

194 Auch in der kommunalen Arbeit steht das liberale Menschenbild im Zentrum aller
195 Entscheidungen über Schule, Jugend und Fortbildung.

196 Zweck unseres Handelns ist es, dem Kind den Weg zu ebnen, ein mündiger Bürger als
197 selbstbestimmte, autonome Person zu werden. Die FDP schafft gleiche Bedingungen am
198 Start, um jedem Kind die Chance zu geben, eigeninitiativ und seinen Anlagen gemäß einen
199 möglichst hohen Bildungsgrad zügig zu erreichen. Ziel unserer Bildungsarbeit ist die
200 Förderung der individuellen, autonomen und sittlich-sozialen Persönlichkeit.

201 Wird dieses Ziel erreicht, ist der Mensch in der Lage, soziale Verantwortung zu zeigen,
202 Gemeinschaftsbindung zu entwickeln sowie sich im Arbeitsleben zu bewähren. Ein so
203 gebildeter Mensch hört aus eigenem Antrieb nie auf sich weiterzubilden.

204

205 Die Voraussetzungen für Bildung will die FDP auch in der Kommune schaffen.

206 Neben dem Elternhaus sind Kindergärten und -tagesstätten sowie Schulen entscheidend für
207 Erziehung und Unterricht. Deshalb ist die Qualität von dem, was hier geschieht, von großer

208 Bedeutung. Das umfasst sowohl die Qualität der Unterrichtenden und Betreuenden, ihre
209 Anzahl sowie ihre Arbeitsfreude als auch die Gebäude und ihre Einrichtung.

210

211 Attraktive Schulen

212

213 Kinder und Jugendliche verbringen werktags zwischen 4 und 9 Stunden in Gebäuden der
214 öffentlichen Hand. Deshalb ist ein elementares Anliegen der liberalen Kommunalvertreter, für
215 sie Gebäude und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die ihre Gesundheit schützen, ihr
216 Umweltbewusstsein stärken, ihre ästhetische Kompetenz entwickeln sowie ihren
217 Ordnungssinn fördern. Nur in solchen Räumen kann Lernfreude gedeihen,
218 Anstrengungsbereitschaft erhalten bleiben und Identifikation mit dem Lernort entstehen.

219

220 Die FDP will daher Mittel einsetzen, um Schulgebäude und die Gebäude für Kindergärten
221 und -tagesstätten umweltfreundlich zu sanieren und hell und freundlich zu gestalten und
222 sachgerecht für den Unterricht einzurichten.

223 Lichte und übersichtliche Räume und Wege bauen Ängste ab und erhöhen die Lern- und
224 Lebensqualität. Die Beseitigung von Schmutzdeckeln, uneinsehbaren Winkeln und dunklen
225 Wegen ist ein erster Schritt zur Eindämmung von Mobbing, Bedrohung, Drogenhandel und
226 -verzehr sowie Gewalt.

227

228 Viele Schulhöfe sind versiegelt und ungepflegt. Sie haben keinerlei Spielgerät oder
229 bewegungsfördernde Angebote, weil sie in der unterrichtsfreien Zeit frei zugänglich sind und
230 die Geräte häufig zerstört werden. Diese traurigen Plätze unterdrücken den
231 Bewegungsdrang der Kinder und geben keine Spielanreize.

232

233 Die FDP will daher Mittel einsetzen, um die Schulhöfe spielgerecht und erholfördernd
234 umzugestalten. Wo es nötig ist, müssen diese schulischen Pausenoasen auch durch Zäune
235 vor Vandalismus gesichert werden, um erhalten zu bleiben.

236

237 Vorrang für Qualität in der Erziehung

238

239 Die Freiheit des Einzelnen, seine Bildungspotenziale optimal zu entwickeln, ist der Kern
240 liberaler Bildungsgedanken. Voraussetzung dafür ist, dass ihm alle Bildungswege gut
241 zugänglich sind und dass ihre Qualität hochkarätig ist. Nutzen muss er sie selbst, denn für
242 das Lernen an sich trägt das Individuum selbst die größte Verantwortung.

243

244 Aber auch hierbei kann die Kommune die Anstrengungen und Chancen des Einzelnen
245 verbessern oder verringern, denn der Erhalt von Schulangeboten vor Ort stellt per se noch
246 keine Chancengerechtigkeit bei der Entwicklung individueller Bildungspotenziale sicher. Es
247 ist die Qualität dessen, was in den Gebäuden geschieht, die zwingend hinzutreten muss und
248 die über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Deshalb gilt es, ein wachsames Auge auf den
249 bildungswirksamen Einsatz öffentlicher Gelder zu haben.

250

251 Neben der kindgerechten Ausstattung der kommunalen Kindergärten sowie der Einstellung
252 von genügend hochwertig qualifizierten Erzieherinnen und auch Erziehern ist der Erhalt gut
253 arbeitender Grundschulen ein wichtiger Schritt zur Chancengerechtigkeit.

254 Bei Bedarf will die FDP an Grundschulen offene Ganztagsangebote sicherstellen.

255

256 Nach dem Schulgesetz beantragt die Kommune die Einrichtung weiterführender
257 Schularten. Derzeit wird die Diskussion vor Ort oft durch die erhöhten Schulkostenbeiträge
258 oder durch für kurze Zeit in Aussicht gestellte Förderungen geprägt, die sich langfristig nicht
259 halten lassen. Auch hier geht der FDP die Förderung der Qualität des Schulangebotes vor
260 Strukturveränderungen um jeden Preis. Ebenso müssen alle Einsparungsgesichtspunkte
261 streng vor dem Hintergrund eines Qualitätsverlustes in der Bildung geprüft werden.

262

263 Wie sich die Kommune bei der im Schulgesetz vorgesehenen Zusammenlegung von Haupt-
264 und Realschulen zu Regional- oder Gemeinschaftsschulen entscheidet, wird die FDP vor Ort
265 nach den von ihr vorgelegten Qualitätserwägungen verantwortungsvoll entscheiden.

266
267 Daneben wird sie sicherstellen, dass für die Kinder ihres Ortes auch ein vollständiges
268 Gymnasium in erreichbarer Nähe erhalten bleibt.

269
270 Die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Berufsbildungszentren wird die FDP auf
271 Kreisebene unterstützen. Dabei steht auch der Erhalt bzw. die Einrichtung von
272 Bezirksfachklassen für regional wichtige Berufe im Zentrum ihrer Bemühungen. Den
273 besonderen Anforderungen in personeller und sächlicher Hinsicht ist Rechnung zu tragen.

274
275 In den allgemeinbildenden Schularten wird die Schaffung von weiteren Ganztagsangeboten
276 erleichtert und gefördert. Dafür werden Verwaltungsmittel bereitgestellt und eine
277 Umstrukturierung der Jugendhilfe vor dem Hintergrund, dass viele Kinder am Nachmittag
278 noch in der Schule sind, neu durchdacht.

279
280 Der Schulweg ist Teil der Schulpflicht und sollte für jedes Kind kostenfrei sein. Deshalb lehnt
281 die FDP Elternbeiträge zu den Schülerbeförderungskosten ab. Sie schränken die freie
282 Entscheidung der Eltern für eine qualitativ hochwertige Schule ein und tragen zu einer
283 unsachgemäßen Einschränkung des Wettbewerbs unter den Schulen bei.

284
285 **Bildung – eine Aufgabe für Dein ganzes Leben**

286
287 Immer mehr ältere Menschen beanspruchen Angebote, in denen sie sich bilden können.
288 Dabei ist berufliche Fortbildung und Weiterqualifizierung genauso nachgefragt wie Angebote
289 für geistige und körperliche Fitness sowie Veranstaltungen gegen soziale Vereinsamung.

290
291 Die FDP setzt dabei auf Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, Vereine und andere
292 geeignete Träger, will aber eine Steigerung in der Qualität des Angebotes erreichen. Dafür
293 kann eine Zusammenarbeit benachbarter Träger von Nutzen sein.

294
295 Daneben unterstützt die FDP private Initiativen auf diesem Feld durch Hilfe bei der
296 behördlichen Abwicklung von Neugründungen und Abbau unnötiger bürokratischer
297 Schranken.

298
299

300 **II. Lebensqualität in unseren Kommunen –** 301 **den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten**

302 303 **1. Sozialpolitik – Hilfe zur Selbsthilfe**

304
305 Liberale Sozialpolitik folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Sie versetzt den Einzelnen in
306 die Lage, sich möglichst aus eigener Kraft aus seiner Notlage zu befreien. Dazu brauchen
307 die Menschen Anreize, selbst tätig zu werden.

308
309 Wir wollen, dass sich die kommunalen Parlamente im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten
310 und Zuständigkeiten mit der Situation von denjenigen beschäftigen, die Sozialhilfeleistungen
311 und Leistungen aus dem ALG II erhalten.

312
313 Hierzu gehören nicht zuletzt fortlaufende statistische Informationen durch die zuständigen
314 Verwaltungen über den Kreis der Leistungsempfänger und die jeweiligen Geldflüsse.
315 Wir wollen Wege suchen, die Situation derjenigen, die unverschuldet in Not geraten sind und
316 die allein aus eigener Kraft keinen Ausweg finden können, zu verbessern.

317

318 Wir wollen andererseits Wege suchen zu verhindern, dass Leistungen der Allgemeinheit, die
319 für gerade diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen, missbraucht werden.

320

321 2. Ältere Menschen – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

322

323 Gesellschaft, Politik und Medien müssen die Probleme älterer Menschen wahrnehmen und
324 nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen.

325 Auf kommunaler Ebene fordern wir die verstärkte Umsetzung von Wohnformen, die
326 altersgerecht und bezahlbar sind. Wir fordern, dass kleine Wohneinheiten und
327 Mehrgenerationenhäuser für freie Trägerschaften ermöglicht werden. Senioren und
328 Seniorinnen sollen sicher und barrierefrei leben können. Dies beinhaltet insbesondere auch
329 die entsprechende Herrichtung der kommunalen Infrastruktur.

330

331 Angebote zur Weiterbildung müssen auf die Bedürfnisse von älteren Menschen, und dies
332 sind überwiegend Frauen, abgestimmt sein.

333

334 Wir setzen uns dafür ein, gemeinsame Projekte von älteren Menschen mit Jugendlichen zu
335 gestalten und zu fördern.

336

337 Erziehung und Schule müssen ihr Altersbild neu definieren und aktualisieren. Ältere und alte
338 Menschen dürfen nicht automatisch abgeschrieben werden. Menschen gehören in allen
339 Lebensphasen integriert in das familiäre und gesellschaftliche Leben.

340

341 Wir unterstützen die Schaffung von Seniorenbeiräten (gemäß § 47 d Gemeindeordnung
342 Schleswig-Holstein).

343 Diese sollen die Aufgabe haben, die „kommunalen Parlamente“ in allen Fragen, die die
344 älteren Menschen in besonderem Masse betreffen, zu beraten. Sie sind vor jeder
345 Entscheidung, die Auswirkung auf die Lebenssituation älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger
346 hat, zu hören. Insbesondere müssen die Seniorenbeiräte in die Bauleitplanung (B-
347 Planungen) und in die Arbeit der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung (sog.
348 kriminalpräventive kommunale Räte) eingebunden werden.

349

350 3. Kinder und Jugendliche – familienfreundliche Politik

351

352 Die FDP setzt sich ein für eine wertorientierte Erziehung und Bildung.

353

354 Ein Kind wird in seinen ersten Lebensjahren elementar geprägt – zu Hause und in seinem
355 täglichen Umfeld.

356 Wir wollen Eltern von Anfang an bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. Dazu wollen wir in
357 Schleswig-Holstein die Verteilung von Elternbriefen einführen.

358 Das qualitativ hochwertige und sehr kostengünstige Elternbrief-Programm des Arbeitskreises
359 neue Erziehung e.V. (ANE) besteht aus 46 Briefen, die Eltern bei der Erziehung ihres Kindes
360 von der Geburt bis zum achten Lebensjahr begleiten. Zwei weitere Briefe unterstützen Eltern
361 mit Kindern in der Pubertät (Altersgruppen 10-13 und 14-17 Jahre). Für Eltern mit
362 Migrationshintergrund gibt es zweisprachige Elternbriefe.

363

364 Wir verfolgen das Ziel, schon Kindern und Jugendlichen – natürlich altersgemäß - zu
365 vermitteln, welch hohes Gut wir mit einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft
366 besitzen und zu schützen haben.

367 Wir wollen, dass die „kommunalen Parlamente“ Jugendliche altersgemäß in
368 Entscheidungsprozesse mit einbeziehen und setzen uns für die Entwicklung geeigneter
369 Verfahren dafür ein. Solche Verfahren für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu
370 entwickeln, ist gemäß § 47 f Gemeindeordnung Schleswig-Holstein Verpflichtung jeder
371 Kommune. Dazu gehört die Bildung eines Jugendbeirates.

372

373 Wir wollen die Erreichbarkeit und Nutzung von Freizeitangeboten für Kinder und
374 Jugendliche, vor allem auch Angebote in offenen oder gebundenen Ganztagschulen,

375 fördern. Auch bei knappen öffentlichen Mitteln räumen wir dieser Aufgabe Vorrang ein. Wir
376 suchen dabei die Zusammenarbeit mit freien Trägern (Vereinen, Initiativen, Kirchen u.a.).
377 Die Erziehung ihrer Kinder ist das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern. Beide
378 Elternteile sollen im Sinne einer Wahlfreiheit frei entscheiden können, inwieweit sie ihr Kind
379 zu Hause selbst betreuen oder ein Angebot der Kinderbetreuung in Anspruch nehmen
380 möchten.

381

382 Die Wahlfreiheit der Eltern setzt allerdings voraus, dass verschiedenste Formen der
383 Tagesbetreuung auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

384

385 Die Objektförderung, d. h. die Förderung einer Einrichtung ist auf die Subjektförderung, d. h.
386 auf die Förderung jedes einzelnen Kindes umzustellen. Der Systemwechsel wird durch
387 Einführung eines Gutscheinsystems für die frühkindliche Bildung und Betreuung erreicht.

388

389 Um den weiteren Finanzierungsbedarf der Kommunen zu decken, setzt sich die FDP auf
390 Bundesebene dafür ein, eine Korrektur beim Umsatzsteueraufkommen zu erreichen. Der
391 bisherige Anteil der Gemeinden nach Vorwegabzug des Bundesanteils an der Umsatzsteuer
392 soll von 2,2 auf 3,2 Prozent erhöht werden. Dies entspricht einem Finanzierungsvolumen von
393 rund 1,5 Mrd. Euro. Damit ist die Finanzierungsgrundlage für einen über das
394 Tagesbetreuungsausbaugesetz hinausgehenden schnellen und flexiblen Ausbau der
395 Kinderbetreuung für die Kinder unter drei Jahren gewährleistet. Mit einer Revisionsklausel
396 verbunden mit einer Darlegungspflicht der Kommunen soll sichergestellt werden, dass die
397 Kommunen nicht am Bedarf vorbei Finanzmittel erhalten; deshalb wird der erhöhte
398 Umsatzsteueranteil auf fünf Jahre befristet.

399

400 Die FDP setzt sich auf Bundesebene außerdem dafür ein, die finanziellen Belastungen von
401 Familien mit Kindern besser auszugleichen.

402

403 Ein zügigerer Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine Reduzierung der Kosten der
404 öffentlichen Hand können erreicht werden, wenn gerade private Initiativen wie
405 Elterngruppen, privat gewerbliche Initiativen und die Betriebe tätig werden. Hier sollten alle
406 Vergünstigungen gelten, die für Existenzgründer bereits heute vorgesehen sind, z.B.
407 Investitionszulagen oder günstige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).
408 Unbedingt abzubauen sind bürokratische Hemmnisse z.B. im Baurecht, die häufig sehr
409 kostenträchtig und daher nicht zu finanzieren sind. Die Betreuungsmöglichkeiten und auch
410 das Arbeitsrecht müssen so flexibel werden, dass das betreuende Personal sich an den
411 Bedürfnissen der Eltern orientieren kann und dass sich nicht umgekehrt die Eltern an den
412 Bedürfnissen des Personals orientieren müssen.

413

414 4. Gleichstellung

415

416 Wir setzen uns für gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von
417 beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

418 Frauen und Männer sollen frei entscheiden können, wie sie die jeweiligen Phasen ihres
419 Lebens gestalten.

420 Dazu gehören in erster Linie in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausreichende
421 Möglichkeiten der Kinderbetreuung, damit die alten Begriffe wie „Rabenmutter“ für
422 berufstätige Mütter und „Weichei“ oder ähnliches für Kinder betreuende und den Haushalt
423 versorgende Väter der Vergangenheit angehören können.

424 Um diesen Kulturwandel zu unterstützen, setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur werdenden
425 Müttern, sondern auch werdenden Vätern ganz selbstverständlich Beratung über die
426 Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeboten
427 wird – in ihrer Kommune, von ihren Arbeitgebern, von sonstigen Beratungsstellen.

428 Wir setzen uns dafür ein, dass die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten in den
429 Kommunen flächendeckend erhalten bleibt und weiter entwickelt wird zum „Diversity
430 Management“, wie es bereits in großen Unternehmen der Wirtschaft praktiziert wird.

431

432 Durch bewussten Umgang mit der Verschiedenartigkeit von Menschen sollen
433 Diskriminierungen verhindert werden und Chancengleichheit verbessert werden.
434 Dabei steht die Gesamtheit der Beschäftigten im Unternehmen oder der Einwohnerinnen und
435 Einwohner in einer Kommune im Fokus.

436 Bei den zu beachtenden Unterschieden handelt es sich zum einen um die äußerlich
437 wahrnehmbaren Unterschiede, von denen die wichtigsten Geschlecht, Ethnie, Alter und
438 körperliche Behinderung sind und zum anderen subjektive Unterschiede wie die sexuelle
439 Orientierung, Religion und Lebensstil.

440 Bei Diversity Management handelt es sich um mehr als nur die Umsetzung von
441 Antidiskriminierungsvorschriften, sondern um ein Gesamtkonzept des Umgangs mit
442 personaler Vielfalt in einem Unternehmen, in einer Kommune, in der Gesellschaft - zum
443 Nutzen aller Beteiligten.

444
445 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass häusliche Gewalt als ein gesellschaftliches Problem,
446 das vorwiegend Frauen und Kinder als Opfer betrifft, ernst genommen wird.

447 Das seit 01.01.2002 geltende Gewaltschutzgesetz bietet die Möglichkeit, gewalttätige
448 Partner für begrenzte Zeit aus der Wohnung auszuweisen. Dieses Wegweiserecht gibt den
449 Opfern Schutz in der eigenen Wohnung und weist die Täter aus.

450 Begleitende Betreuung soll in allen Kreisen und kreisfreien Städten angeboten werden.
451 Gleichzeitig muss das Angebot der Frauenhäuser weiterhin aufrechterhalten werden.

452

453 5. Menschen mit Behinderungen

454

455 In einer liberalen Bürgergesellschaft haben alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung,
456 uneingeschränkt gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt.

457

458 Es ist das Ziel der FDP, für alle Menschen mit Behinderungen bestehende Barrieren und
459 vorhandene Diskriminierung abzubauen, notwendige Hilfe und Förderung zur Integration und
460 Selbstbestimmung zu gewähren.

461

462 Die FDP fordert, dass

463

464 - generell die Interessen von Menschen mit Behinderungen bei allen Entscheidungen auf
465 kommunaler Ebene berücksichtigt werden,

466 - allgemeine Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im ÖPNV kommunalpolitisches
467 Planungsziel wird,

468 - der behindertengerechte Wohnungsbau und die verschiedenen Formen des betreuten
469 Wohnens gefördert werden,

470 - Kindergärten und Schulen eine angemessene, am individuellen Förderbedarf für Kinder
471 mit Behinderungen ausgerichtete Ausstattung erhalten,

472 - die Belange der Menschen mit Behinderungen auch im Tourismus und in den Hotels
473 Berücksichtigung finden.

474

474 6. Integration

475

476 Liberale sehen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und
477 Religion in unseren Kommunen einen Gewinn.

478

479 Die FDP setzt auf die Prinzipien der Integration und Partizipation, sie ist gegen die Bildung
480 von Teilgesellschaften.

481

482 Wer dauerhaft Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland sucht, soll - auf dem Boden
483 des Grundgesetzes - Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sein, der soll dazu befähigt
484 werden, am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen.

485

486 Erfolgreiche Integration und Partizipation werden auf der kommunalen Ebene erreicht. Das
487 Erreichen des Ziels verlangt Anstrengungen sowohl von den Einheimischen als auch den
488 Zuwanderern.

489
490 Liberale Integrationspolitik setzt zur Vermeidung von Ghettosituationen auf folgende
491 Maßnahmen:

- 492 - die Eingliederung von jungen Zuwanderern in soziale, sportliche und kulturelle
- 493 Organisationen sowie ihre berufliche Qualifikation,
- 494 - den Abbau von Vorbehalten bei einem Teil der Einheimischen durch die Schaffung von
- 495 Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens,
- 496 - die Schaffung von Einrichtungen für ältere Migrantinnen und Migranten, die nicht mehr in
- 497 die angestammte Heimat zurückkehren.

498
499 Liberale erwarten von den Zuwanderern das Erlernen der deutschen Sprache. Ihre
500 Beherrschung ist unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

501
502 Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass Möglichkeiten des Spracherwerbs für
503 Migrantenkinder in Kindergärten und Schulen - mit Programmen für die Eltern - geschaffen
504 und gefördert werden. Arbeitsverwaltung, Jugendämter, IHKs und Unternehmen müssen im
505 Rahmen ihrer Programme begleitende Sprachkurse anbieten. Vor allem ist die
506 Sprachkompetenz junger Frauen zu fördern, die erst mit dem Eintritt ihrer Kinder in den
507 Kindergarten oder die Schule mit dem systematischen Erwerb der deutschen Sprache
508 beginnen. Das dient zugleich ihren Kindern.

509
510 Nach Auffassung der FDP müssen alle staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen
511 Verbände dafür Sorge tragen, dass die gewachsene ethnische und kulturelle Vielfalt in deren
512 Dienstleistungsangebot in Form besonderer kultureller Kompetenz Niederschlag findet. Dazu
513 gehört die verstärkte Einstellung mehrsprachiger Mitarbeiter.

514 515 7. Gesundheit

516
517 Eine gute Versorgung im Krankheitsfall ist das zentrale Anliegen der Menschen an die
518 kommunale Gesundheitspolitik. Dafür sind die freie Arztwahl und der Erhalt der
519 freiberuflichen Tätigkeit die beste Voraussetzung.

520
521 Die Kommunen müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit den Menschen wohnortnah
522 ein gutes Angebot an medizinischer und pflegerischer Leistung durch Heilberufe,
523 Pflegedienste und Krankenhäuser zur Verfügung steht.

524
525 Wir fordern den Abbau der übermächtigen Bürokratie und Reglementierung, um die dadurch
526 frei werdenden Mittel den Menschen zugute kommen zu lassen.

527
528 Die FDP fordert eine enge Kooperation der freien niedergelassenen Heilberufe
529 untereinander sowie mit den Krankenhäusern der Region.

530
531 Eine dem Bedarf angepasste Versorgung auf den verschiedenen Leistungsebenen (Grund-,
532 Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) ist zu gewährleisten.

533
534 Die Kooperation von Krankenhäusern ist zu fördern, damit eine umfassende und
535 kostengünstige Versorgung vor Ort angeboten werden kann. Die Kooperation zwischen den
536 niedergelassenen Heilberufen und Krankenhäusern ist ständig zu verbessern und
537 auszubauen.

538
539 Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
540 Gesundheitsbildende und -fördernde Maßnahmen durch Vereine, Volkshochschulen,
541 Schulen etc. sollen unterstützt und gefördert werden.

542

543 Pflegedienste, Krankentransport- und Rettungsdienste sind so zu organisieren, dass
544 chancengleicher Wettbewerb für private und gemeinnützige Anbieter möglich ist.

545
546 Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wird von uns wegen der Problematik
547 des Datenschutzes und der gigantischen Kosten abgelehnt.
548 Die FDP will keinem Mechanismus Vorschub leisten, der den gläsernen Patienten schafft.

549

550 8. Sichere Städte und Gemeinden

551 Sicherheit ist die Grundlage individueller Freiheit, die im wesentlichen als Aufgabe von
552 Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz ausgeführt wird. Der Schutz der individuellen
553 Freiheit erfordert ein Handeln mit verfügbaren Mitteln im Rahmen der bestehenden Gesetze.
554 Dieser Rahmen muss klar und gerecht gesteckt sein. Nur wenn die Rahmenbedingungen
555 klar sind und die Regeln eingehalten werden, können sich die Bürger frei und sicher fühlen
556 und so eine bessere Lebensqualität haben.

557

558 Eine starke FDP sorgt für ein bestmögliches Umfeld zur Gewährleistung innerer Sicherheit
559 und bekämpft Gewalt an Schulen und Vandalismus. Funktionsfähigkeit und Effizienz einer an
560 rechtsstaatliche Prinzipien gebundenen Polizei ist dabei unumgänglich. Dies erfordert einen
561 finanziell und organisatorisch hohen Einsatz. Hier darf an Mitteln nicht gespart werden,
562 insbesondere nicht bei der Ausrüstung mit modernen Informations- und
563 Kommunikationssystemen.

564 Die FDP setzt sich als Ihr zuverlässiger Partner dafür ein, dass

- 565 - die kleinen Polizeistationen im ländlichen Raum erhalten bleiben,
- 566 - die sachliche Ausstattung der Polizei verbessert wird,
- 567 - der Personalabbau gestoppt und die Polizei mittelfristig zahlenmäßig verstärkt wird,
- 568 - die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet wird,
- 569 - die verstärkte Zusammenarbeit von Jugend- und Sozialbehörden gefördert wird,
- 570 - die private Initiative zur Abwendung krimineller Taten unterstützt wird - jegliche Art von
- 571 Kriminalität, auch Kleinkriminalität, konsequent verfolgt und
- 572 - die Gewalt an Schulen auch durch den Einsatz von Streitschlichtern bekämpft wird.

573

574 Auch die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes
575 erfordern einen finanziell und organisatorisch hohen Einsatz. Ehrenamtliche Betätigung in
576 der Gefahrenabwehr ist ein tiefes Bekenntnis zur eigenen Verantwortungsbereitschaft.

577

578 Die FDP setzt sich als Ihr zuverlässiger Partner ein für

- 579 - einen qualitativ hochwertigen, professionellen Rettungsdienst, gegebenenfalls unterstützt
- 580 durch ehrenamtliche „First Responder-Systeme“ mit kurzen Eingreifzeiten,
- 581 - den Erhalt gut ausgestatteter und ausgerüsteter Feuerwehren in der Fläche, unterstützt
- 582 durch moderne, integrierte Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstellen,
- 583 - die Aufwertung und den Erhalt der Berufsfeuerwehren durch Übernahme von Aufgaben
- 584 und Dienstleistungen über die Stadtgebiete hinaus,
- 585 - die effektive und hochwertige Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren,
- 586 - eine aktive Unterstützung des Mitgliederzuwachses der freiwilligen Feuerwehren durch
- 587 die Wiederentdeckung der Werte wie Gemeinschaft, Miteinander, Füreinander und
- 588 gegenseitige Unterstützung ohne zu fordern,
- 589 - die lebensrettende Aufklärung zur Verhütung von Bränden,
- 590 - die Entlastung der Kreise und Gemeinden von ihren Aufgabe der Gewährleistung des
- 591 Brandschutzes in Form von angemessenen Zuschüssen durch das Land und
- 592 - die Verbesserung des Katastrophenschutzes durch Einrichtung eindeutiger
- 593 Führungsverantwortlichkeiten und Einbindung aller vorhandenen Ressourcen.

594

595

596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650

III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze

1. Vorfahrt für Arbeits- und Ausbildungsplätze – moderne Infrastruktur

Trotz des aktuellen Wirtschaftswachstums bleibt festzuhalten: Noch immer sind zu viele Menschen ohne Arbeit.

Deshalb gilt für die FDP:

Die Schaffung neuer und dauerhafter sowie der Erhalt bestehender Arbeitsplätze haben höchste politische Priorität.

Die Kommunen können die Arbeitsmarktprobleme nicht lösen durch die Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter Arbeitsplätze. Arbeits- und Ausbildungsplätze werden von den Unternehmen geschaffen, vornehmlich den kleinen und mittleren Betrieben. Die FDP-Wirtschaftspolitik setzt vor allem auf die Leistungskraft des Mittelstandes. Er hat auch in Zeiten schwacher Konjunktur die stabilsten Arbeitsplätze und den Großteil der Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Ihn will die FDP stärken durch die Schaffung eines positiven Wirtschaftsklimas und attraktiver Rahmenbedingungen. Dazu gehören:

- eine gut ausgebaute Infrastruktur,
- eine niedrige Steuer- und Abgabenlast,
- geordnete kommunale Finanzen, die eine hohe öffentliche Investitionstätigkeit erlauben,
- eine Vielfalt von „weichen“ Standortfaktoren wie gute Schul- und Bildungsangebote, ein vielseitiges Freizeitangebot sowie ein interessantes Kulturleben,
- eine marktgerechte und verbraucherfreundliche Gestaltung des Wirtschaftsumfeldes (gutes Parkraumangebot, attraktive ÖPNV-Verbindungen, auf Verbraucherbedürfnisse abgestimmte Öffnungszeiten der Geschäfte und Behörden).

Eine kooperative Politik zwischen Kommune und Wirtschaft fördert die Bereitschaft der Unternehmen, sich ideell und finanziell im gesellschaftlichen, sportlichen und kulturellen Leben ihrer Region zu engagieren.

Die FDP setzt sich für eine moderne, an neuen Marktpotentialen orientierte kommunale Wirtschaftsförderungspolitik ein.

Die FDP will daher

- für die Windenergie als mittelständische Wachstumsbranche weiterhin Rahmenbedingungen, die weitere innovative Entwicklungen ermöglichen,
- die Bereitstellung geeigneter Gewerbeflächen in den Kommunen; diese müssen hierbei eine Servicefunktion einnehmen für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, zum Beispiel bei der Nutzung und Errichtung moderner Telekommunikations- und Informationsmedien (Online-Angebote kommunaler Behörden),
- die Einsetzung kommunaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die privatwirtschaftlich arbeiten und entsprechende kommunale Ämter ersetzen,
- die Bereitstellung von preisgünstigen Gewerbeflächen für Existenzgründer bzw. Jungunternehmer,
- die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen und den Unternehmen durch regelmäßige Veranstaltungen/Treffen zwischen Behördenvertretern und Unternehmern,
- einen kommunalen Informationsservice für Fragen von Unternehmen,

- 651 - die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit Fristvorgaben, bei deren
652 Überschreitung Anträge als genehmigt gelten, sowie größtmögliche Auslegung der
653 Handlungsspielräume,
654 - die Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung durch Anpassung von Landes- oder
655 Kreisvorschriften an die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten,
656 - die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Kommunen in Fragen der
657 Wirtschaftsansiedlung verbessern,
658 - die Reduzierung der Auflagen in den kommunalen Bau- und Umweltsatzungen,
659 - die Privatisierung von kommunalen Leistungen,
660 - die Anpassung der Öffnungszeiten von kommunalen Ämtern an die Bedürfnisse der Bürger.

661

662 2. Tourismus

663

664 Der Tourismus in Schleswig-Holstein ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Er hat
665 aufgrund der wachsenden Konkurrenz von Urlaubsangeboten in den neuen Bundesländern
666 und aus dem Ausland an Attraktivität verloren. Die FDP will diesen Bereich von kommunalen
667 Abgaben (Kurabgabe und Fremdenverkehrsabgabe) entlasten und die Zusammenarbeit von
668 schleswig-holsteinischen Urlaubsregionen fördern. Gleichzeitig soll das bestehende
669 Naturangebot erhalten und geschont werden.

670

671 Die FDP will daher

672

- 673 - den Ausbau eines flächendeckenden und strukturierten Informations- und
674 Buchungssystems durch Einsatz moderner Kommunikationstechniken einschließlich einer
675 stärkeren Vernetzung der Angebote,
676 - die Förderung und Unterstützung der bestehenden Einrichtungen der touristischen Aus-
677 und Weiterbildung in Schleswig-Holstein sowie den Aufbau eines landesweiten
678 Tourismusverbandes,
679 - die Unterhaltung und ausgeweitete Nutzung von Wirtschaftswegen zum Wandern,
680 Radfahren und Reiten.

681

682 3. Ländlicher Raum und Landwirtschaft

683

684 Die Landwirtschaft hat Schleswig-Holstein geprägt. Ein Fünftel der Arbeitsplätze im Land
685 sind mit der Landwirtschaft verbunden. Eine leistungsfähige, ökonomisch und ökologisch
686 gesunde Landwirtschaft dient dem Interesse aller Menschen. Sie ist unentbehrlicher Teil der
687 Volkswirtschaft. Liberale Agrarpolitik setzt auf eine vielfältige Landwirtschaft im Sinne eines
688 freien Unternehmertums, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre
689 Chance nutzen können und sollen. Betriebshilfsdienste sind zu unterstützen. Die
690 Kommunalpolitik hat der Landwirtschaft verlässliche Rahmendaten zu setzen, damit die
691 Betriebe ihre Lage objektiv einschätzen können.

692

693 Die FDP will daher

694

- 695 - den objektiven Dialog zwischen kommunaler Verwaltung und Landwirtschaft
696 wiederherstellen,
697 - gewachsene Strukturen, welche die Grundlage für die zukünftige Entwicklung unserer
698 landwirtschaftlichen Betriebe bilden, in Landschaftsplänen,
699 Strukturentwicklungsanalysen, Flurbereinigungsverfahren etc. berücksichtigen,
700 - das Baurecht, sprich Baugenehmigungsverfahren, nicht vorrangig als
701 Verhinderungsrecht, sondern als das Recht eines jeden Bürgers auf Durchführung
702 von Baumaßnahmen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben sehen,
703 - Möglichkeiten schaffen, Resthöfe bzw. leerstehende landwirtschaftliche Gebäude
704 anderweitig zu nutzen,
705 - alternative Einkommensquellen zugänglich und evtl. durch Förderung lukrativ
706 machen, wie z. B. Biomasse, Biodiesel, Heizkraftwerke, Biogasanlagen, Windenergie
707 oder ländlichen Tourismus,

708 - für eine hochwertige, den zukünftigen Anforderungen entsprechende Ausbildung und
709 Weiterbildung unserer jungen Landwirte sorgen.
710 Gerade in unseren ländlich strukturierten Kreisen gilt es, alles dafür zu tun, die Arbeitsplätze
711 in der Landwirtschaft sowie im vor- und nachgelagerten Bereich zu erhalten und zu
712 flexibilisieren.

713
714 Naturschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, nur gemeinsames
715 Agieren aller Interessengruppen führt zu einem vernünftigen Naturschutz, zu einem
716 verantwortungsbewussten Umweltschutz und zu einer intakten Landwirtschaft.
717 Vor dem Hintergrund der Gammelfleischskandale muss der vorsorgende Gesundheits- und
718 Verbraucherschutz gestärkt und durch privatrechtliche Elemente ergänzt werden.
719 Die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit der sogenannten Agrarwende keine und wenn,
720 nur die falschen Rahmenbedingungen für den Verbraucherschutz und für die heimische
721 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Die Verbraucher sind durch nationale Alleingänge
722 beim Verbraucherschutz in einem offenen Binnenmarkt nicht wirklich zu schützen.
723 Bioenergie- und Nahrungsmittelproduktion müssen ausgewogen entwickelt werden, um eine
724 sichere und ausreichende Versorgung beider Grundelemente des Lebens auch in Zukunft für
725 alle Bürger gewährleisten zu können.

726 727 4. Verkehr

728
729 Mobilität ist eine der Grundlagen unserer Gesellschaft und daher von großer Bedeutung für
730 den Standort Schleswig-Holstein sowie die Lebensqualität seiner Bevölkerung.
731 Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis der Bürger aber auch den Aspekt der
732 Sicherheit und des schonenden Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen
733 berücksichtigen. Daher setzt die FDP sich für ein Miteinander des motorisierten
734 Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein.

735
736 Ungünstige Taktzeiten, schlechte Koordinierung der einzelnen Linien und eine
737 unübersichtliche Tarifstruktur machen den ÖPNV häufig unattraktiv und lassen viele Bürger
738 bevorzugt auf ihr Auto zurückgreifen.

739
740 Die FDP will daher

- 741 - die vorrangige Realisierung der A 20 mit einer Elbquerung westlich von Hamburg,
- 742 - eine Überprüfung der Sicherheit von Straßenübergängen vor Kindergärten, Schulen,
- 743 Spielplätzen und Senioreneinrichtungen,
- 744 - die Aufhebung überflüssiger Straßenrückbauten und eine Verbesserung der
- 745 Straßenführungen, wo immer das unter Sicherheitsaspekten möglich ist,
- 746 - den Einsatz elektronischer Parkleitsysteme zur Vermeidung von Parksuchverkehr in
- 747 größeren Städten,
- 748 - die Verbesserung des Verkehrsflusses durch technische und bauliche Maßnahmen, wie
- 749 z.B. die grüne Welle, den grünen Pfeil und den Kreisverkehr,
- 750 - eine flächendeckende Versorgung des Straßennetzes durch Eltern-Kind-Parkplätze sowie
- 751 eine am Bedarf orientierte Schaffung zusätzlicher Behindertenparkplätze,
- 752 - die Verbesserung der Ost-West-Verbindungen von Straße und Bahn, vorrangig den
- 753 vierspurigen Ausbau der B 202 und der B 5 ab Heide,
- 754 - Förderung der Bewirtschaftung von Bahnstrecken durch private Anbieter,
- 755 - eine bessere Verzahnung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV durch eine Ausweitung
- 756 der Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Angebote,
- 757 - eine bessere Abstimmung der Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel untereinander,
- 758 - die Vereinheitlichung der Tarifsysteme mit dem Ziel "ein Tarif - ein Ticket",
- 759 - eine Verbesserung der Taktzeiten durch genauere Berücksichtigung von Schul- und
- 760 Arbeitszeiten sowie stark frequentierten Freizeiteinrichtungen,
- 761 - die Entwicklung eines überregionalen Schnellbussystems durch die Kreisverkehrsbetriebe,
- 762 dort wo Schienennetze nicht vorhanden sind,
- 763

- 764 - die Durchführung von Bau- und Wartungsarbeiten an Hauptverkehrsstrassen in den
765 Abendstunden und an Wochenenden, um Verkehrsbehinderungen zu vermeiden, soweit
766 dies unter Lärmschutzgesichtspunkten möglich ist,
767 - eine Verbesserung und Ausbau des Radwegenetzes. In die Planungen soll dabei der
768 Sachverstand von regionalen Sport- und Fahrradclubs einbezogen werden. Ziel soll es
769 sein, das Radwegenetz so zu gestalten, dass es Anreiz bietet, wo immer möglich auf das
770 Fahrrad umzusteigen,
771 - die Anordnung von Tempo-30-Strecken lediglich an Gefahrenstellen und dort zeitlich
772 begrenzt,
773 - Nutzungskonzepte der schleswig-holsteinischen Häfen für den Transport und die
774 Versorgung von Offshore-Windparks.

775
776

777 **IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort –** 778 **Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen**

779

780 1. Naturschutz – Eigeninitiative statt staatlicher Bevormundung

781

782 Umwelt- und Naturschutzpolitik ist auf die Akzeptanz und das Mitwirken der Menschen
783 angewiesen. Es ist primäres Ziel, die Menschen in diesem Bereich möglichst eng
784 einzubinden, ohne eine Bevormundung zu schaffen. Ein umweltgerechtes Verhalten
785 aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbewusstsein ist Ziel liberaler
786 Gestaltung der Politik in diesem Bereich. Landwirtschaft und Umweltschutz gehören
787 zusammen. Vertragsnaturschutz hat Vorrang vor Verordnungsnaturschutz. Die Jägerschaft
788 ist einzubeziehen.

789

790 Um eine Zweckentfremdung der durch die Bürger geleisteten Gebühren für Abfall, Energie,
791 Wasser und Abwasser beispielsweise zur Sanierung des kommunalen Haushalts zu
792 vermeiden, setzt sich die FDP für eine privatwirtschaftliche oder teilprivatwirtschaftliche
793 Organisation dieser Aufgaben ein.

794

795 Weitere Abgaben lehnt die FDP ab. Darüber hinaus setzen wir uns für die Abschaffung der
796 Grundwasserentnahmeabgabe ein. Diese Abgaben üben keine Lenkungsfunction aus,
797 sondern dienen vielmehr der Finanzierung des Landeshaushalts.

798

799 Für den Naturschutz fordert die FDP mehr Kooperation mit den Betroffenen durch freiwillige
800 Maßnahmen und einen Ausbau des Vertragsnaturschutzes. Lebensqualität und sozialer
801 Zusammenhalt können auch auf kommunaler Ebene nur gewährleistet werden, wenn die
802 Menschen im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen. Menschen, die sich in ihrer Heimat
803 wohlfühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und Umwelt als grüne Öko-Bürokratie und
804 staatliche Verbotspolitik. Deshalb setzt die FDP auf persönliche Verantwortung und die
805 Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Maßnahmen können
806 privaten Eigentümern Vorbilder sein. Nur Menschen, die die Natur kennen und mit ihr
807 vertraut sind, haben aus eigenem Erleben eine positive Beziehung zur Natur und schützen
808 sie besser, als unkontrollierbare Verordnungen dies je erreichen können. Daher muss eine
809 Naturschutzpolitik langfristig scheitern, die den Menschen aussperrt. Nicht Naturschutz und
810 Umweltpolitik gegen die Menschen, sondern mit ihnen und für sie ist das Konzept der FDP.

811

812 2. Naturnahe Waldwirtschaft

813

814 Kommunale Wälder besitzen folgende Funktionen: Erholung, Produktion (des wichtigen
815 nachwachsenden Rohstoffs - dem Holz) und Klimaschutz.

816

817 Unter normalen Bedingungen sind alle drei Funktionen gleichrangig; in bestimmten Fällen
818 können die Funktionen Erholung und Klimaschutz Vorrang genießen.

819

820 Die FDP setzt sich für eine Bewirtschaftung der kommunalen Wälder entsprechend den
821 Richtlinien für eine naturnahe Waldwirtschaft ein. Dies bedeutet, dass naturnahe
822 Mischwälder mit standortgerechten Arten den Vorrang vor monotonen Reinbeständen
823 haben. Die Kahlschlagswirtschaft wird abgelehnt. Kahlschläge sind nur zulässig bei
824 großräumigen Schäden durch Insekten sowie die Umwandlung von nicht standortgerechten
825 in standortgerechte Bestände, wo andere Formen der Umwandlung nicht erfolgversprechend
826 sind. Die natürliche Verjüngung der Bestände wird angestrebt, wo immer dies sinnvoll und
827 möglich ist.

828 Die FDP spricht sich gegen jeden Verkauf von Waldflächen, die sich im öffentlichen Besitz
829 befinden, aus.

830

831 3. Abfallwirtschaft

832

833 Die Abfallwirtschaft hat den Zielen zu folgen: Vermeiden, vermindern, verwerten, von
834 Schadstoffen entfrachten, nachsorgefrei entsorgen. Eine Verwertung ist anzustreben, wenn
835 dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist. Dabei sieht das Gesetz die stoffliche wie die
836 energetische Verwertung als gleichwertig an. Gerade für energiereiche Abfälle ist die
837 energetische Verwertung sinnvoll. Im Interesse der Gebührenzahler ist auf strikte
838 Wirtschaftlichkeit zu achten.

839

840 Um eine nachsorgefreie Entsorgung der Restabfälle zu erreichen, ist der Restabfall
841 thermisch zu behandeln. Dies ist auf Grund der strengen Vorschriften zur Abgasreinigung die
842 zur Zeit sicherste und die Umwelt am wenigsten belastende Entsorgungsmethode.

843

844 Der Bau von mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen ersetzt nicht die
845 energetische Behandlung. Die mechanisch-biologische Behandlungsmethode ist nicht
846 ausreichend, um den Abfall anschließend sicher deponieren zu können. Investitionen in
847 diese Behandlungsmethode sind daher besonders auf Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

848

849 Die Abfallwirtschaft lässt sich wirtschaftlich nur noch kreisübergreifend organisieren. Die FDP
850 befürwortet besondere Kooperationsformen unter Beteiligung Privater oder die
851 Privatisierung. Wenn Mülltourismus verhindert werden soll, müssen regionale Strukturen
852 erhalten bleiben.

853

854 Wir haben in Schleswig-Holstein über 6000 Altstandorte. Diese müssen in einem
855 kreisübergreifenden Kataster weiterhin erfasst und bewertet werden. Wir brauchen einen
856 Prioritätenkatalog, in dem die Kriterien festgelegt sind, welche Altstandorte vorrangig saniert
857 und welche gesichert werden müssen.

858

859 4. Klima- und Ressourcenschutz

860

861 Die FDP strebt für alle Kommunen die Schaffung eines umfassenden
862 Energiemanagementkonzeptes an. Zielsetzung des Energiemanagements ist es, durch
863 Energieeinsparung

864 - aus ökologischer Sicht eine Verminderung von Primärenergieeinsatz

865 (Ressourcenschonung) und CO₂-Emissionen (Klimaschutz) zu erreichen und

866 - aus ökonomischer Sicht den finanziellen Aufwand für Energienutzung zu verringern.

867

868

869 V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune

870

871 1. Moderne Verwaltung, Kreisreform, mehr Demokratie

872

873 Die öffentliche Verwaltung soll sich auf ihre Kernbereiche konzentrieren. Deshalb muss
874 zunächst eine Aufgabenkritik nach der Devise „weniger Staat, mehr privat“ durchgeführt
875 werden, um die Kernaufgaben zu ermitteln und diese anschließend auch erfüllen zu können.

876
877
878
879
880
881
882
883

884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917

918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928
929
930
931

Die FDP will daher

- die Verankerung einer Verfallszeit für Satzungen in der Hauptsatzung;
- die Einrichtung von Bürgerbüros, um vor Ort Anträge abgeben zu können;
- die Schaffung neuer Aufgaben nur zulassen, wenn dafür andere Aufgaben wegfallen.

Die Kreise in Schleswig-Holstein haben eine Größe, bei der die vom Grundgesetz vorgesehene ehrenamtliche Tätigkeit der Kreistagsabgeordneten noch gut möglich ist. Größere Kreise erschweren die ehrenamtliche Selbstverwaltung und machen die damit verbundene effektive Kontrolle der Verwaltung unmöglich. Die notwendige Bürgernähe würde verloren gehen. Eine Zusammenarbeit über die Verwaltungsgrenzen hinweg ist sinnvoll und wirtschaftlich.

Die FDP will daher

- die Beibehaltung der Kreise in bisheriger Form;
- mögliche Zusammenschlüsse von Kreisen nach gründlicher Prüfung auf freiwilliger Ebene;
- die Ausweitung der bisherigen Kooperation der Kreise.

Um der Politikverdrossenheit entgegenzutreten, brauchen Bürgerinnen und Bürger gerade auf der Ebene der Gemeinde die Möglichkeit zur direkten Einflussnahme bzw. Mitwirkung in der örtlichen Gemeinschaft.

Die Position der gewählten Kommunalvertreter muss darüber hinaus gestärkt werden. „Einzelkämpfer“ müssen grundsätzlich die Rechte einer Fraktion erhalten. Fraktionen müssen in sämtlichen Ausschüssen ein Grundmandat erhalten.

Die FDP will daher

- durch Änderung des Kommunalwahlrechts die Stimmenhäufung und die gezielte Stimmabgabe für verschiedene Listen oder Kandidaten (Kumulieren und Panaschieren) einführen, damit Wählerinnen und Wähler mehr Einfluss nehmen können auf die Kandidatenreihenfolge und die Zusammensetzung der Kommunalparlamente.

Die FDP vertritt unverändert das Prinzip „Mehr Demokratie wagen“.

Die FDP will daher

- die Direktwahl von Landräten und Bürgermeistern beibehalten,
- die Abschaffung der 5-Prozent-Klausel,
- die Ersetzung des d´Hondtschen Höchstzahlverfahrens durch genaueres Verfahren, z. B. das Hare-Niemeyer-Verfahren.

2. Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Liberaler Kommunalpolitik will die Lebensqualität in unseren Kreisen, Städten und Gemeinden erhalten und langfristig erhöhen.

Ein solches Ziel setzt geordnete Finanzen voraus. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine hohe Wirtschaftskraft sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze, für ein blühendes gesellschaftliches und kulturelles Leben; sie sind ein entscheidender Vorteil im Standortwettbewerb der Regionen.

932

933 Die aktuelle Lage:

934 Die augenblickliche Besserung der Staatseinnahmen darf nicht mit einer dauerhaften
935 Genesung der öffentlichen Finanzen verwechselt werden.

936

937 Alle schleswig-holsteinischen Kommunen schieben eine hohe Bugwelle von
938 Haushaltsdefiziten vor sich her und müssen zur Liquiditätssicherung den Rahmen ihrer
939 Kassenkredite (= „Dispo“ der Kommunen) auf hohe zweistellige Millionenbeträge ausweiten.
940 Sie sind zudem in ihrer politischen Gestaltungs- und Investitionskraft gelähmt durch hohe
941 Altschulden.

942

943 Ursache dieser Lage sind im wesentlichen Leistungsgesetze, die die Kommunen erfüllen
944 müssen, ohne dass ein angemessener finanzieller Ausgleich durch den Gesetzgeber erfolgt.
945 Alle Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen sind dadurch zunichte gemacht worden.

946

947 Zukunftsstrategie:

948 Schuldenabbau bleibt für die FDP deshalb eine Aufgabe von hoher Priorität. Die steigenden
949 Einnahmen müssen zur Hälfte für den Schuldenabbau eingesetzt werden, die andere Hälfte
950 soll für Hebesatzsenkungen und Gebührenreduzierungen genutzt werden. Das kommt der
951 heutigen und zukünftigen Generation zugute.

952

953 Die kommunale Finanzpolitik der FDP hat sich folgende Ziele gesetzt:

954

- 955 - in allen schleswig-holsteinischen Kommunen schnellstens wieder (spätestens für das
956 Jahr 2013) ausgeglichene Haushalte vorzulegen und
- 957 - den Umfang der Kassenkredite drastisch zu reduzieren sowie
- 958 - in einer Generation die Altschulden abzubauen.

959

960 Dabei will die FDP auch die Instrumente des Geldmarktes (Derivate) zum Zwecke einer
961 kostengünstigeren Bewirtschaftung der Schulden nutzen.

962

963 **Maßnahmen:**

964 Zur weiteren Haushaltskonsolidierung setzt die FDP auf folgende Instrumente:

965

- 966 - Bemessung aller freiwilligen Leistungen und Zuschüsse am unbedingt Notwendigen und
967 an der finanziellen Leistungskraft der Empfänger;
- 968 - Verträge mit kurzen Laufzeiten und Budgetierung der Zuschüsse an Vereine und
969 Verbände;
- 970 - Komprimierung der Verwaltungen (auch durch Kooperation von Gebietskörperschaften)
971 und Reduzierung der Personalkosten (verstärkter IT-Einsatz);
- 972 - Effizienzsteigerung und Einsparung durch Privatisierung und Organisationsprivatisierung;
- 973 - Verkauf nicht benötigter Immobilien;
- 974 - Kooperation zwischen Kommunen und privaten Dienstleistern („öffentlich-private
975 Partnerschaft“, ÖPP) zur Mobilisierung privaten Kapitals, um auch in Zeiten hohen
976 Schuldenstands notwendige Investitionen in die Schaffung und den Erhalt von
977 Infrastruktur zu ermöglichen. So wird auch ein „Werteverzehr“ verhindert;
- 978 - Die Kommunen müssen das Recht erhalten, Standards und Vorgaben für ihre
979 Einrichtungen dort, wo es sinnvoll ist, flexibel zu handhaben;
- 980 - Die FDP fordert für die Landkreise die Schaffung einer speziellen Kreissteuer,
981 entnommen aus dem bestehenden Steueraufkommen der Kommunen. Das beendet die
982 Auseinandersetzung über die Höhe der Kreisumlage zwischen Kreisen und ihren
983 Gemeinden;
- 984 - Die FDP fordert im Rahmen einer Neugestaltung der Gemeindefinanzierung die
985 Abschaffung der Gewerbesteuer; sie ist sehr konjunkturabhängig und ungleich in ihrer
986 Verteilung, was verwaltungsintensive Ausgleichsverfahren nötig macht. An ihrer Stelle
987 sollen ein erhöhter Anteil der Kommunen (12 %) an der Umsatzsteuer und ein eigenes

- 988 Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer treten, das stärkt die
989 Finanzautonomie der Kommunen;
- 990 - Die FDP fordert die Übertragung der Eigentümerstellung an den Sparkassen auf die
991 kommunalen Träger. Sie strebt eine Änderung des Landessparkassengesetzes an, durch
992 die die Beteiligung privaten Kapitals (auch mehrheitlich) an den Sparkassen ermöglicht
993 wird. Das stärkt die Sparkassen finanziell, führt ihnen neues „Know-how“ zu und setzt der
994 geringen Professionalität politischer Verwaltungsratsmitglieder ein Ende;
 - 995 - Die FDP lehnt den Eingriff des Landes in die kommunale Finanzausgleichsmasse für die
996 Jahre 2007 und 2008 in Höhe von 120 Mio. Euro ab. Es handelt sich um eine Sanierung
997 des Landes zu Lasten der Kommunen, die nicht von einem ernsthaften Angebot der
998 Landesregierung zur Reduzierung des Aufgabenkatalogs der Kommunen begleitet ist;
 - 999 - Die FDP lehnt die gesetzliche Regelung des Landes ab, wonach sich die Kreise durch
1000 eine verpflichtende Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten gleichsam
1001 einen „Ausgleich“ für den genannten Eingriff beschaffen sollen. Diese Beteiligung hält die
1002 FDP für ein verkapptes Schulgeld, für bildungsfeindlich und sozial ungerecht.
- 1003
1004

1005 **VI. Unsere Kommunen - eingebunden in Europa**

1006

1007 1. Kommunale Selbstbestimmung stärken

1008

1009 EU-Vorgaben und Kommunalpolitik sind zunehmend enger miteinander verflochten. Die
1010 europäische Integration kann aber nur gelingen, wenn die Menschen die europäischen
1011 Bestimmungen nicht als Bevormundung empfinden. Deshalb muss die EU das kommunale
1012 Selbstverwaltungsrecht vertraglich anerkennen. Im Zusammenhang mit dem
1013 Subsidiaritätsprinzip fordert die FDP, dass die EU in Bereichen mit geteilter Zuständigkeit nur
1014 tätig werden darf, wenn Mitgliedstaaten eine Aufgabe nicht erledigen können. Die geplante
1015 Regelung, dass die EU eingreifen kann, wenn sie angestrebte Ziele „besser“ als die
1016 Mitgliedsstaaten erreichen kann, führt unweigerlich zu Konflikten, zumal die EU ihr eigener
1017 Richter sein will. Insbesondere im Hinblick auf die lokale Ebene wäre das Klagerecht des
1018 Ausschusses der Regionen vor dem EuGH bei einem möglichen Verstoß gegen das
1019 Subsidiaritätsprinzip unverzichtbar.

1020

1021 Weiterhin hält es die FDP für unerlässlich, dass auch die Bestimmungen zur partizipativen
1022 Demokratie vertraglich festgeschrieben werden. Mit dem Anhörungsrecht der
1023 repräsentativen kommunalen Spitzenverbände würden z.B. auch die Chancen für eine
1024 wirkungsvolle Gesetzesfolgenabschätzung auf europäischer Ebene verbessert. Leistungen
1025 der Daseinsvorsorge können am effizientesten vor Ort erbracht werden. Deshalb fordert die
1026 FDP, die Kompetenzen und Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten in der
1027 Daseinsvorsorge zu stärken bzw. zu erweitern.

1028

1029 Für Schleswig-Holstein ist es von besonderer Bedeutung, dass die EU den ländlichen Raum
1030 in gleichem Umfang wie städtische Zentren fördert.

1031

1032 2. Hanse-Office – Sprachrohr der Kommunen in Brüssel

1033

1034 Die FDP unterstützt den Zusammenschluss von Kommunen zu „Aktiv-Regionen“ im Sinne
1035 der Europäischen Union. Die FDP setzt sich auch für eine stärkere Zusammenarbeit der
1036 Kommunen mit dem Hanse-Office in Brüssel ein, um den Zugang zu der bis heute
1037 unübersichtlichen Vielzahl von „Fördertöpfen“ der EU für private und kommunale
1038 Antragsteller einfacher zu gestalten. Eine Vernetzung von Kommunen, Land und
1039 Europaparlament sollte auch von den Kommunen vorangetrieben werden.

1040

1041 Als „Land zwischen den Meeren“ ist die Meerespolitik von größter Bedeutung für Schleswig-
1042 Holstein. Die FDP fordert deshalb auf der Grundlage des „Blaubuches“ verstärkte

1043 Anstrengungen zur ökologischen Entlastung von Nord- und Ostsee (z.B. „Landstrom“ in den
1044 Häfen) und schonenden Umgang mit den maritimen Rohstoffen.

1045

1046 3. Europäische Hilfe bei Meerespolitik und Konversion

1047

1048 Schleswig-Holstein hat aus sicherheitspolitischer Sicht eine exponierte Lage. Deshalb wollen
1049 wir keinen weiteren Rückbau der Bundeswehrstandorte. Wo er aber unvermeidlich ist,
1050 müssen die Folgen - auch mit EU-Mitteln - abgedeckt werden (Konversion).

1051

1052

1053

1054

1055

1056

1057

1058

1059

1060

1061

1062

1063

1064

1065

1066

1067

1068

1069

1070

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

1082

1083

1084

1085

1086

1087

1088

1089

1090

1091

1092

1093

1094

1095

1096

1097

1098

1099

FDP-Landesparteitag am 16. Februar 2008 in Flensburg-Harrislee

Antrag Nr. 2

Antragsteller: Constantin Papaspyratos

Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung: Gerecht, zukunftsfähig und krisenfest

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Schleswig-Holstein fordert eine grundlegende Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung, um langfristig den Ausstieg aus dem demographieanfälligen und defizitären Umlagesystem mit seinen enormen Umverteilungseffekten zu Lasten der jüngeren pflichtversicherten Beitragszahler zu schaffen.

Das Reformmodell für die Finanzierungsseite der Pflegeversicherung sieht vor:

- Ein einheitliches Pflegeversicherungssystem mit Versicherungspflicht für alle, d.h. neben freiwillig und pflichtversicherten Bürgern auch für Beamte, Pensionäre und Selbständige. Die Beiträge werden unabhängig vom Einkommen der Versicherten bemessen. Jeder Bürger, der die Versicherungsbeiträge aus eigenen finanziellen Mitteln nicht aufbringen kann, erhält steuerfinanzierte Transferzahlungen – ggf. bis zur vollen Beitragshöhe.
- Einen sofortigen Umstieg aus dem Umlageverfahren hin zu einem voll kapitalgedeckten System.
- Einkommensunabhängige, altersabhängig kalkulierte Beiträge mit einem altersabhängigen Sparanteil zur Kapitaldeckung, um die Beiträge zu glätten. Die derzeitige umlagefinanzierte Soziale Pflegeversicherung soll dabei nicht sofort abgeschafft werden, sondern allmählich auslaufen.
- Die mit dem Umstieg vom Umlagesystem zum Kapitaldeckungssystem verbundenen Kosten auf alle Bürger (und alle Jahrgänge) zu verteilen und zeitlich zu strecken.

Das Modell hat folgende Eigenschaften:

Kapitaldeckung für „Jüngere“

Alle Bürger, die das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, scheiden aus der Sozialen Pflegeversicherung aus und sind verpflichtet, bei einer Pflegekasse eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung abzuschließen.

Der altersabhängige Beitrag wird von jeder Pflegekasse berechnet, indem die erwarteten Pflege-Leistungsausgaben für den jeweiligen Geburtsjahrgang auf die Mitglieder der Kohorte verteilt werden. Um überproportionale Beitragssteigerungen zu vermeiden, wird für jede Kohorte ein Kapitalstock zur Beitragsglättung gebildet. Der Versicherungsbeitrag setzt sich zusammen aus einem Umlagebetrag für die Kohorte und aus einem Sparbetrag, um daraus im Alter die Pflegekosten zu bezahlen.

1152 **Umlagefinanzierung für „Ältere“**
1153 Alle freiwillig und pflichtversicherten Bürger, die das 55. Lebensjahr vollendet haben,
1154 verbleiben in der umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung. Sie müssen dort wie
1155 bisher einkommensabhängige Beiträge zahlen und erhalten bei Pflegebedürftigkeit
1156 Leistungen.

1157
1158 **Unterstützung der älteren Versicherten durch einen „Pflege-Soli“**
1159 Da die Beitragssumme der über 55jährigen nicht ausreicht, um die Ausgaben in der
1160 umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung voll zu decken, müssen alle Bürger
1161 zusätzlich zu ihrem Versicherungsbeitrag einen Umlagebeitrag leisten („Pflege-Soli“).

1162
1163 Die Umstiegskosten werden in Gestalt des „Pflege-Soli“ von allen Bürgern durch einen
1164 einkommensabhängigen Beitrag getragen, der proportional erhoben wird. Bei abhängig
1165 Beschäftigten erfolgt eine paritätische Finanzierung, d.h. die Beiträge zum „Pflege-Soli“ wird
1166 je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber getragen.

1167
1168 Der Arbeitgeberbeitrag zum Pflegeversicherungsbeitrag wird als Lohnbestandteil ausgezahlt.

1169
1170 **Allgemeine Versicherungspflicht und Kontrahierungszwang**
1171 Alle nicht-versicherten Bürger, die das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind
1172 ebenfalls verpflichtet, bei einer Pflegekasse eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung
1173 abzuschließen.

1174
1175 Alle nicht-versicherten Bürger, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, sind verpflichtet, der
1176 umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung beizutreten.

1177
1178 Alle nicht versicherungspflichtigen Bürger, die bereits in der Privaten Pflegeversicherung
1179 versichert sind, verbleiben dort.

1180
1181 Alle Bürger, die über Beihilfe und private Restkostenversicherung pflegeversichert sind
1182 (Beamte, Bundeswehrangehörige etc.), scheiden aus der Beihilfe aus und sind verpflichtet,
1183 ihre private Restkostenversicherung zu einer Vollversicherung aufzustocken.

1184
1185 Für die Pflegeversicherungen besteht Kontrahierungszwang, d.h. die Beiträge zu den
1186 kapitalgedeckten Tarifen werden nur nach Alter differenziert.

1187
1188 Der Pflegeversicherungstarif mit Kapitaldeckung muss von allen Pflegeversicherern
1189 angeboten werden. Gesetzliche Pflegekassen und private Pflegeversicherungen
1190 konkurrieren hier untereinander und miteinander. Die umlagefinanzierte soziale
1191 Pflegeversicherung dagegen muss dagegen von den gesetzlichen Pflegekassen
1192 „abgewickelt“ werden.

1193
1194 Möglichkeit des Versicherungsverwechsels durch „gepoolte“ Altersrückstellungen.
1195 Die Altersrückstellungen aller Pflegekassen werden „gepoolt“. D.h. auch bei einem
1196 Versicherungsverwechsel kann die neue Pflegekasse für ihre älteren Versicherten den
1197 jeweiligen ersparten Anteil aus dem Pool abrufen.

1198
1199 **Keine Leistungskürzungen – gleiche Leistungen für alle Bürger**
1200 Kürzungen auf der Leistungsseite sind nicht vorgesehen, d.h. der Leistungskatalog der
1201 Pflegeversicherung soll für alle erhalten bleiben und für alle Pflegeversicherungen damit für
1202 alle Versicherten gleich sein. Es wird somit weder zwischen „Alten“ und „Jungen“ noch
1203 zwischen neuem kapitalgedeckten System und altem Umlagesystem differenziert.

1204
1205 **Sozialer Ausgleich durch Steuermittel**
1206 Um soziale Härten beim Übergang von den einkommensabhängigen Beiträgen der
1207 umlagefinanzierte Sozialen Pflegeversicherung zu den Beiträgen der kapitalgedeckten
1208 Pflegeversicherung zu vermeiden, wird ein sozialer Ausgleich etabliert. Dabei zahlt der Staat

1209 Zuschüsse, wenn die Summe aus „Pflege-Soli“ und Versicherungsbeitrag einen bestimmten
1210 Prozentsatz des Haushaltseinkommens übersteigt.
1211
1212 Alle Bürger müssen sich pflegeversichern und tragen durch einen „Pflege-Soli“ dazu bei, das
1213 Defizit der auslaufenden Sozialen Pflegeversicherung zu decken; der soziale Ausgleich für
1214 Einkommensschwache wird durch alle Steuerzahler finanziert.
1215
1216
1217 **Begründung:**
1218 Erfolgt mündlich.
1219

FDP-Landesparteitag am 16. Februar 2008 in Flensburg-Harrislee

Antrag Nr. 3

Antragsteller: Hans Hensen

Bio-Ethanol E 85

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Schleswig-Holstein und der FDP Bundesverband werden aufgefordert, sich intensiv dafür einzusetzen, dass

1. das Ethanol E 85-Zapstellennetz in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik gravierend vergrößert wird und
2. die Autoindustrie aufgefordert wird, auch in Deutschland umfassend Bio-Ethanol E 85-Autos anzubieten.

Begründung:

Ethanol E 85 ist ein Kraftstoff mit 85 % Bio-Ethanol und 15 % Benzin.

Bio-Ethanol weist eine neutrale CO₂-Bilanz vor, d.h. während bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen zusätzliches CO₂ der Atmosphäre zugeführt wird, das bereits vor Millionen Jahren gebunden wurde, wird bei Bio-Ethanol nur jener CO₂-Anteil wieder freigesetzt, der während des Wachstums der Atmosphäre entzogen wurde.

Außerdem stößt ein PKW-Ottomotor auf 100 Kilometer bei Betankung mit Ethanol E 85 nur 35 bis 50g CO₂ aus, so dass die KFZ-Industrie sehr schnell eine durchschnittliche 120 g-Co₂-Bilanz erreichen könnte, ohne an die EU Strafen zahlen zu müssen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

FDP-Landesparteitag am 16. Februar 2008 in Flensburg-Harrislee

Antrag Nr. 4

Antragsteller: Ortsverband Ratzeburg

Bürgerbegehren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP fordert bei der Prüfung der Zulassung eines Bürgerbegehrens durch die Behörden das Prinzip der wohlwollenden Prüfung. Dazu gehört aus Sicht der Liberalen:

- Gewährung eine angemessenen Nachbesserungsfrist, falls die Behörde Unterschriften nicht anerkennt und dadurch die für ein Bürgerbegehren notwendige Anzahl der Unterschriften unterschritten werden.
- Eine öffentliche und verständliche Erklärung vor Einleitung des Bürgerbegehrens, falls aus Sicht der Behörde ein Bürgerbegehren unzulässig ist.

Begründung:

Die FDP bekennt sich nachdrücklich zu Formen der direkten Demokratie. Dabei sind Bürgerbegehren an erster Stelle zu nennen. Bei dem Bürgerbegehren gegen die Umgestaltung des Marktplatzes in Ratzeburg sind Unterschriften aus für den Bürger nicht klar erkennbaren Gründen abgelehnt worden. Das hat zu erheblichen Frustrationen bei den Bewohnern der Stadt geführt.

Zudem wurde bei dem Bürgerbegehren gegen die Umgestaltung des Marktplatzes im Nachhinein erklärt, dass das Bürgerbegehren unzulässig sei, weil die Umgestaltung Bestandteil der Bauleitplanung der Stadt sei und dagegen kein Bürgerbegehren möglich wäre. Wenn diese Argumentation der Behörde vor Einleitung des Bürgerbegehrens publiziert worden wäre, hätten sich die Bürger überlegen können, ob sie ein Bürgerbegehren einleiten wollen. Da diese Argumentation erst veröffentlicht wurde, nachdem die Unterschriftensammlung stattgefunden hatte, ist der Eindruck entstanden, dass im Nachhinein getrickst worden sei.